

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Donnerstag, den 9. Juni 1921

Verleger: Einheitsdruckerei, Berlin, Unter den Eichen 10. Die Redaktion: Einheitsdruckerei, Berlin, Unter den Eichen 10. Die Druckerei: Einheitsdruckerei, Berlin, Unter den Eichen 10.

Abbestellungspreis: Die 8. Ausgabe des Monatsheftes über den Kampf um die Macht, monatlich 0,20 RM. Die 12. Ausgabe des Monatsheftes über den Kampf um die Macht, monatlich 0,20 RM. Die 24. Ausgabe des Monatsheftes über den Kampf um die Macht, monatlich 0,20 RM.

Die Gewerkschaftsfrage

J. W. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sagt mit Recht, daß die Frage der Gewerkschaftsbewegung einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung auf dem bevorstehenden Weltkongress ist. Die überragende Bedeutung dieser Frage ergibt sich aus der einfachen Feststellung, daß der Kapitalismus seine Existenz nur noch der Unterstützung dankt, die ihm von der Gewerkschaftsbürokratie in allen kapitalistischen Ländern zuteil wird. In sich selbst hat der bankrotte Kapitalismus längst nicht mehr die Kraft, die zur Behauptung seiner Herrschaft notwendig ist. Nach dem 9. November 1918 ist der deutschen Bourgeoisie die Wiederherstellung ihrer Klassenherrschaft nur mit Hilfe der Gewerkschaften möglich gewesen. In all den außerordentlichen Kämpfen von Januar 1919 bis März 1921 stand die Gewerkschaftsbürokratie jenseits der Barrikaden.

Das Unternehmertum war sich schon im Oktober 1918 darüber klar, daß die Gewerkschaftsbürokratie ihr sicherster und zuverlässigster Bundesgenosse ist. Der Geschäftsführer der Schenkerindustrie, Dr. Reichert, hat das unumwunden ausgedrückt. Die Unternehmer haben sich auf die Arbeitsgemeinschaften mit den Gewerkschaften zugestanden, nur einzulassen, um „der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegziehenden Sozialisierung“ zu begegnen.

Inzwischen haben die Millionen Arbeitermassen nicht nur das Vertrauen in die bürgerliche Demokratie verloren, sie haben auch erkannt, daß die Arbeitsgemeinschaften nur im Interesse des Unternehmertums liegen. Einige Organisationen nutzten dieser Stimmung durch die formale Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften Rechnung tragen. In der Praxis hat sich aber — es sei nur an den Metallarbeiterverband erinnert — dadurch so gut wie nichts geändert. In allen Gewerkschaften wird eine durchaus arbeitsgemeinschaftliche Politik betrieben. Die Massen haben noch nicht genügend begriffen, daß sie ihren Gewerkschaftsführern nicht nur auf das Maul, sondern vor allem auf die Fingern sehen müssen. Es ist es möglich, daß die circa 10 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten nach wie vor als das stärkste konterrevolutionäre Bollwerk mißbraucht werden.

Was muß geschehen, um die Gewerkschaften aus einem konterrevolutionären Faktor zu einer unüberwindlichen Macht im Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu machen? Noch immer steht die grundsätzliche Frage auf der Tagesordnung: Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften? Auf dem Kongress wird voraussichtlich wieder eine Anzahl von Resolutionsentwürfen aus England und Amerika, die Aufstellung vertreten, daß die Eroberung und Revolutionierung der Gewerkschaften ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Für den Konkreten sind daher die deutschen Erfahrungen von besonderer Bedeutung. In den ersten Monaten nach der deutschen Revolution haben viele von revolutionärer Unerschrockenheit erfüllte Genossen versucht, die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie durch die Gründung neuer revolutionärer Gewerkschaften auf der Grundlage der Parteigrundorganisationen zu überwinden. Die praktischen Mißerfolge haben einen großen Teil dieser Genossen schon vor dem zweiten Kongress von der Aussichtlosigkeit und Schädlichkeit dieser Taktik überzeugt. Aber die Anhänger der verschiedenen Unionen, die in Deutschland existieren und die Syndikalisten, die nach wie vor die Gründung neuer gewerkschaftlicher Organisationen und die Zerstörung der alten Gewerkschaften für den einzigen im Interesse der Revolution genutzbaren Weg halten, antizipieren mit Eifer für den Austritt aus den Gewerkschaften und für den Eintritt in die Unionen. Das Resultat dieser Anstrengungen ist mehr als kläglich. Den 10 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten stehen allerhöchstens 300.000 Arbeiter gegenüber, die sich auf eine ganze Anzahl von organisatorischen Gebilden verteilen.

Diese Zahlen bestätigen, daß die Beschlüsse und Richtlinien des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale zur Gewerkschaftsfrage grundsätzlich richtig sind. Die dort festgelegte Linie muß deshalb beibehalten und auch fernehin mit aller Energie auf die Eroberung und Revolutionierung der Gewerkschaften hinarbeitet werden. Für die Richtigkeit der vom zweiten Kongress festgelegten Taktik zeugt auch der machende Einfluß der Kommunisten unter den Arbeitermassen der Gewerkschaften. Persönliche Rückschlüsse ändern nichts an der Tatsache, daß die Kommunisten auf der ganzen Linie in den Gewerkschaften an Boden gewinnen. Die sozialdemokratische Presse beider Richtungen ist von dem unaufhaltsamen Wachsen des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften so sehr überzeugt, daß sie es schon als einen großen Erfolg auszusprechen pflegt, wenn bei der Wahl von Ortsvereinsleitern, Delegiertenversammlungen usw. einem erbitterten Kampf die Kommunisten einige Stimmen mehr oder aufbringen, als die Rehrheitspartei demokratischen und Unabeherrschten zusammen. Den sichtbarsten Beweis für die Richtigkeit der kommunistischen Gewerkschaftstaktik bilden die Gegenmaßnahmen der konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie. Das das Verbleiben der Gewerkschaften in der Unterwelt der

Weitere Massenausperrungen bevorstehend

Elbing. Wie hier bestimmt verlautet, hat die Leitung der Kommisch-Merck (Automobil- und Maschinenfabrik) die Absicht, ebenfalls ihre Werkstätten zu schließen, da der Geschäftsgang ein dauernd unzulänglicher ist. Dadurch würde die Katastrophe, die schon durch die Ausperrung von 7000 Schichauerarbeitern entstanden ist, eine vollständige werden. Die Firma Schichau denkt vorläufig nicht an eine Wiederaufnahme der Arbeit.

Mit unerhörter Brutalität setzen die Unternehmer ihren Ausperrungsfeldzug fort, der jetzt schon deutlich und klar zum Ziel hat, die Hungerlöhne um 10 Prozent zu verringern. Nach diesen die 7000 ausgesperrten Schichauerarbeiter auf der Straße. Die deutsche Arbeiterschaft schenkt diesen Ereignissen noch nicht die geringste Beachtung! Die bürokratische und rechtsstaatliche Proffschweigen über die Ausperrung. An Ort und Stelle rührt die Gewerkschaftsbürokratie keinen Finger, um nun die ihrige Arbeiterschaft Ostpreußens, ganz Deutschlands zur Solidarität für die ausgesperrten Schichauerarbeiter aufzurufen. Ihr ganzes Sinnen und Trachten geht nur dahin, unter allen Umständen diesen Konflikt zu isolieren, die Ausgesperrten der Schichauerwerk zur „Ruhe“ und „Besonnenheit“ zu mahnen und die ihrige Arbeiterschaft von Solidaritätshandgebunden abzuhalten.

Berechtigtes Remühen! Durch seines Duchen den Schläger ausweichen zu wollen! In Königsberg und in Sambia wurden die Bauarbeiter zum Kampf gezwungen, durch die Bestrebungen der Unternehmer, 10 Prozent vom Lohn abzuhauen.

Die Unternehmer der Sägewerk-Industrie Sildostpreußens kündigen dem Transportarbeiterverband den Tarif und erklären:

„Wir sehen uns gezwungen, die Neuvergabe der Löhne in der Weise vorzuschlagen, daß die bisher gezahlten Löhne um durchschnittlich 10 Prozent vermindert werden.“

Überall dort offen ausgesprochene Willen der Unternehmer, die Löhne abzuhauen und zu diesem Zweck die Arbeiter durch Hunger kirre zu machen. Die Leitung der Kommunistischen Partei in Elbing will jetzt ebenfalls Tausende Arbeiter aufs Wasser werfen!

Man bleiben nun die elenden Märchen, die Dichtung der Schichauerwerke hätte aus Furcht vor Gewalttätigkeiten der Arbeiter ihre Tore geschlossen!

Arbeiter laßt euch nicht mehr hängen und haltet euch bereit, der Unternehmerrassens Widerstand entgegenzusetzen. Garat dafür, daß sich die Gewerkschaften einfließen auf höchste Kampfbereitschaft! Es geht um Sein oder Nichtsein!

Die Massen der Erwerbslosen in Ostpreußen sind in der elendesten Lage. Sie stehen mittellos der nachfolgenden Regierung gegenüber, sind in der Unmöglichkeit, Brennmaterial zu kaufen, ihre Vertreter werden durch die Behörden mit unerbittlicher Härte behandelt. Die Arbeiter müssen die Gefahr des Hungeres mit sich selbst tragen, ihren Kindern dieses unentbehrliche Nahrungsmittel zukommen zu lassen. Durch das Darben

Konterrevolution, so würde die Gewerkschaftsbürokratie nicht im Traume an eine Bekämpfung oder gar Ausschließung der Kommunisten denken. Aber Hunderte unserer Vertrauensleute, die sich bei den Mitgliedern des ersten Ansehens und Vertrauens erfreuen, sind aus den Gewerkschaften wegen ihrer revolutionären Propaganda ausgeschlossen worden. Derartige Maßnahmen können uns zwar da und dort zeitweilige Schäden, im ganzen haben sie aber eine heilsame Radikalisierung der uns noch fernstehenden Masse zur Folge. Wenn es noch eines weiteren Beweises für die Richtigkeit des Verbleibens innerhalb der Gewerkschaften bedarf, so verweisen wir auf die Ohnmacht der Unionisten und Syndikalisten, die — abgesehen von den ganz besonders gearteten Verhältnissen in den Kohlenrevieren — fast nirgends auch nur den geringsten Einfluß besitzen.

Die Aufgaben, die in der gegenwärtigen Periode den Gewerkschaften gestellt sind, ergeben sich aus der zunehmenden Verelendung des Proletariats, aus dem Bestreben der Unternehmer, die Ausbeutung auf einen bisher unerhörten Grad durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Lohnabbau, durch größere Intensität der Arbeit zu steigern. Die deutschen Gewerkschaftsbürokraten müssen selbst zugeben, daß ihre bisherigen Kampfmittel gegenüber der auf höchste konzentrierten Unternehmerrassens unzulänglich geworden sind. Aber je mehr die Gewerkschaftsbürokratie die Unzulänglichkeit der reformistischen Taktik erkennt, desto eifriger klammert sie sich an die Bourgeoisie, desto mehr ist sie bestrebt, durch die Taktik des Burasriedens und der Arbeitsgemeinschaften, durch Verhandlungen mit dem Unternehmertum sich Schmelzfolie zu sichern. Man kann sagen: in dem Maße, wie den Gewerkschaftsbürokraten der Glaube an die Kraft des Proletariats schwindet, wächst ihre Verleugung für die Arbeitermassen. Das Resultat dieser nun seit drei Jahren praktizierten Gewerkschaftspolitik ist unerhörte Verelende-

lung einer Familie, das Hinziehen seiner Kinder, soll der Arbeiter zur Annahme des brutalen Unternehmerrassens gezwungen werden.

Doch trotz allen Verhüllungsversuchen der Gewerkschaftsführer drängen die Massen zum Kampf. In einer Arbeitslosenversammlung in Elbing wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 3. Juni stattgehabene Erwerbslosenversammlung von Elbing bringt ihre stammende Entrüstung zum Ausdruck über die Ausperrung der Schichauer Arbeiter. Das schon vorhandene Heer der Arbeitslosen wird durch diesen gemeinen Willkürakt in das Ungeheure vergrößert.“

Die Versammelten erließen das Gewerkschaftskartell sofort gegen die Zurückhaltung der Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen und auf der Grundlage der 10 Forderungen des A.D.G.B. einzuwirken, als machtvolle Organisation und den Kampf anzunehmen gegen die Verelendung der gesamten Arbeiterschaft.

Schichau sucht Streikbrecher.

Die Verweigerung der Gewerkschaftsbürokratie in dem Kampfe der Elbinger Arbeiter gegen das Werk Schichau gibt den Unternehmern Mut, immer mehr einen Teil in die Arbeiterschaft hineinzutreiben. Mit Hilfe von Streikbrechern will man die Einheitsfront der Arbeiterschaft durchbrechen. Die Firma Schichau in Elbing erläßt unter dem 4. d. Mts folgende Bekanntmachung:

„Für diejenigen Arbeiter, welche rechtzeitig, d. h. laut § 3, VII des Krankenkassenstatuts binnen 3 Wochen nach dem mit der Entlassung erfolgten Ausscheiden, also frühestens bis zum 14. Juni d. J. einschließlich, der Krankenkasse anweisen, daß sie freiwillig Krankenkassenmitglieder bleiben wollen, und welche ferner staubhaft machen, daß sie weder an den Demonstrationen teilnehmen wollen, noch den öffentlichen Organisationsversammlungen beitreten, welche Arbeitsmittel durch Streikbrecher erhalten, bin ich bereit, bis zur Klärung der Frage, welche Arbeiter bei Wiederaufnahme des Betriebes nach Maßgabe der Arbeitsmöglichkeiten wieder eingestellt werden können, einzustellen die vollen Krankenkassenbeiträge der Krankenkasse zu meinen Kosten zu erstatten.“

Das ist eine offene Anwerbung von Gelben und Streikbrechern. Die Absicht der Unternehmer muß von der gesamten Arbeiterschaft verurteilt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Schichauerwerkstätten nicht allein bleiben, sondern von der gesamten Arbeiterschaft Unterstützung finden. Das Elbinger Gewerkschaftskartell muß sofort zu dieser Propaganda Stellung nehmen und dem gesamten Unternehmertum des Bezirkes keinen Zweifel darüber lassen, daß bei etwaiger Bestätigung von Streikbrechern und Gelben die gesamte Arbeiter- und Anstellerschaft in einen Solidaritätsstreik eintreten wird. Verlaßt das Gewerkschaftskartell, so muß die Stellungnahme von der Arbeiterschaft ihren Führern auszusprechen werden und die strikte Durchführung des Beschlusses unter ständiger Kontrolle der Arbeiterschaft erfolgen.

Die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten, Hunderttausende, in Millionen sind heute in Deutschland nicht mehr in der Lage, auch nur den nächsten Hunger zu stillen. Das Arbeitslosentend ist armensüchtig. Millionen Kurzarbeiter leben unter den drückendsten Verhältnissen, und auch der Lohn der Vollbeschäftigten reicht bei weitem nicht aus, um das Existenzminimum zu beitreten. Unter diesen Umständen ist es eine sehr dankbare und erfolgreiche Aufgabe, den Massen nicht nur die Unzulänglichkeit, sondern die Schädlichkeit der Arbeitsgemeinschaftspolitik vor Augen zu führen und sie von der Notwendigkeit des geschlossenen, rückwärtslosen Klassenkampfes zu überzeugen. Die Massen beizureisen immer mehr, daß die Gewerkschaften die Lebensinteressen des Proletariats heute nur noch sichern können, wenn sie von der Macht, die der Arbeiterklasse durch ihr zahlenmäßiges Hebergewicht wie durch ihre ausschlaggebende Rolle im Produktionsprozeß einen unentzerrbaren durch Massenaktionen Gebrauch machen.

Die im Interesse der Arbeiterschaft und der Weltrevolution notwendige Revolutionierung der Gewerkschaften muß durch die planmäßige Arbeit der Kommunisten beschleunigt werden. Wo — entsprechend den Beschlüssen des zweiten Kongresses — in den einzelnen Betrieben und Gewerkschaften kommunistische Fraktionen gebildet wurden, hat sich die Richtigkeit und die Zweckmäßigkeit dieser Fraktionen aufs beste erwiesen. Es muß aber vom dritten Kongress mit Nachdruck betont werden, daß die Fraktionen nicht Selbstzweck sind, daß es nicht genügt, Fraktionen zu bilden, sondern, daß alles darauf ankommt, ob und wie die in den Fraktionen zusammengefaßten Genossen es verfehlen, an den konkreten unmittelbaren Bedürfnissen der Arbeiter anzuknüpfen, sie für die Wahrung ihrer nächsten lebendigen Interessen in Bewegung zu setzen und die Fühlung mit allen anderen oppositionellen Elementen herzustellen.

Von der weißen Front.

Oberschlesien ist Kampfgebiet und ganz Schlesien Etappe. Von Breslau ab wird die Herrschaft der Orgesch immer unumschränkter. Auf dem Breslauer Hauptbahnhof stolchen Hakenkreuzoffiziere umher, das Monokel im Auge, den Stahlhelm auf dem Kopf, die Reitgerte in der Hand. Die Bahnsteige und die Wartehallen sind überfüllt mit Heimschutzmannen. Im Bureau der „heimat-treuen Oberschlesier“ befindet sich die Transport- und Verbezugentrale. Täglich dreimal fahren die D-Büge aus Berlin ein und dreimal täglich bringen sie ganz neuen Zugzug von Weizengardisten. Häufig sind es Studenten, die von den Vertretern der Breslauer Universität begrüßt werden. Die Breslauer Arbeiter sehen mit großer Erbitterung die wachsende Frechheit, die immer drohendere Verstärkung der Orgeschmannen. Sie müssen die Faust in der Tasche halten. Denn ihre Führer, die Breslauer SPD-Vertrauensleute, haben die Bildung einer Arbeiterwehr und die betriebsweise Bewaffnung des Proletariats angekündigt, sie haben Listen zur Einzeldruckung in den Betrieben herumgehen lassen. Zehn Tage sind seither vergangen und nichts ist geschehen. Keine Arbeiterwehr ist da. Orgesch aber ist da.

Auf zahllosen Stationen bestehen bereits wieder ganz offiziell wie 1914 „Bahnhofs-kommandanturen“. Der Bahnhofs-kommandant, meist ein sehr jugendlicher Leutnant, herrscht uneingeschränkt. Er kann Verhaftungen vornehmen lassen, den Abgang von Zügen verhindern und den Fahrplan beliebig umstoßen. Wenn die neu angekommenen Freiwilligen in fahrplanmäßigen Zügen nicht mehr Platz finden, gibt der Bahnhofs-kommandant einen Wink und neue Wagen werden angehängt, meist mit der Aufschrift „Nur für Kriegsbefähigte“. Aus dem Fenster klappern lustig die alten schwarz-weiß-roten Mörderfahnen. Kriegerische Gesänge erschallen Tag und Nacht. „Deutschland, Deutschland über alles“ oder „Heil Dir im Siegerkranz“ oder das neue Lied:

„Hakenkreuz am Stahlhelm
Schwarz-weiß-rot
Die Brigade Ehrhardt,
So sind wir genannt.“

Verchiedenen Orts treten auch „Krankenschwestern“ auf, aristokratische Kräuleins, die „unseren Geldern“ Kaffee bringen und sie mit anmutiger Blutrünstigkeit gegen die Polen hegen.

Alle Dialekte Deutschlands werden in der Züge gesprochen. Banerisch und litauisch fast noch mehr als schlesisch. Täglich strömen neue Nachschübe zu dem berühmten Freiheitskorp „Oberland“, kennlich an dem Korpsabzeichen, dem silbernen Schwert. Meist sind es Studenten aus München, Innsbruck und Graz. Sie erzählen, wie glänzend sie im Ruhr-Banern aufgenommen und behandelt wurden. In vielen Wagen sind kleine Aufschriften: „Mit Gott für Kaiser und Vaterland“, „Immer feste druff“, „Run aber wollen wir sie dreschen.“

Wohle dem Eisenbahner, der dem Bahnhofs-kommandanten oder dem Orgeschoffizier nicht zu nahe ist. In Deutsch-Rasselwitz wurde ein Eisenbahnbeamter, der bloß den Mund zu verziehen wagte, als die Weichen einführen, als polnischer Spion verprügelt blutig geschlagen und mußte Deutschland über alles“ singen. Mehrmals täglich werden „polnische Spione“ auf den Bahnhöfen verhaftet oder aus den Zügen geholt. Jemand ein harmloser Prolet, der mit oberchlesischem Akzent spricht, wird von johlenden Freiheitskorpisten als Spion erklärt. Sie fallen über ihn her mit Kolben und Schlägen. Dann wird er vor den Offizier gebracht der ihn „verhört“. Mit Faustschlägen und Fußtritten. Das ist bereits Horthy-Ungarn in seiner ganzen Tragweite. Und Horthy-Ungarn wird über ganz Deutschland kommen, die in Schlesien aufmarschierenden Orgeschhorden werden ihre tagtäglich hundertmal ausgesprochene Sehnsucht wahr machen, werden ihre Gemeinläufe und Bajonette gegen das klassenbewußte Proletariat kehren und den weißen Schreien antworten, wenn die klassenbewußten Proletarier ihnen nicht rasch und rücksichtslos die bemohnte Rückkehr verweigern. Dann schon klappern über Schlesien die schwarz-weiß-roten Fahnen, schon ist an mehreren Stellen (sogar die E.P.D. gezwungen, illegal zu arbeiten. Die weiße Armee steht.

Alles Gerede von der Sperrung der deutschen Grenze ist Lüge. Ungehindert passieren Tag und Nacht die Freiwilligenbanden die Abhängungsorenen mit Reichswehrgewehren, leichten Geschützen, Pferden und Waffen. Niemand wagt es, sich ihnen entgegenzustellen. Die SPD sieht sie mit Freuden passieren. Kommen sie in allzu großen Haufen, so werden sie kurz vor der Grenze von Offizieren in Zivil unter einem bestimmten Stichwort in Empfang genommen und nachts zu Fuß übergeführt.

Katibor

ist die Hauptstellung der Südfront. Dort haben die deutschen Weizengardisten bereits schwere Verluste erlitten. Die Korfantruppen sind mit Minenwerfern ausgestattet und scheinen größeren Kampfwillen zu haben als die Bourgeoischanden der Orgesch. In Katibor selbst lassen es sich die Offiziere wohl sein. Sie treiben sich in den Gassen herum, machen weitere Automobillfahrten, Automobilrennen und spielen Krieger. Sie stehen auf Du und Du mit dem italienischen Kreiskontrollleur und seinen Offizieren. Rechts ist die Stadt von meist betrunkenen Orgeschleuten gefüllt. Rotweillen im Stahlhelm machen in den Straßen Jagd auf Spione und — Kommunisten. Häufig finden zahlreiche Verhaftungen unserer Genossen und der mit ihnen lokal und tapfer zusammenarbeitenden Sozialisten statt. Die Kommunisten werden offenbar, trotz ihrer geringen Zahl und trotzdem in ihren eigenen Reihen noch manche unklaren schwankenden nationalsozialistischen Elemente sich befinden, sehr gefährdet, da die Überwindung der Arbeiterfront über das Treiben der Weizengardisten auch hier stark ist.

Die deutschen Arbeiterverbände haben furchtbar an der Front. Ganz offen erschließen sie von ihren Heilbrötchen „Gefahren werden nicht gemacht“. Sie haben in den von ihnen „befreiten“ Dörfern nach „Führern“ und beseitigen sie unauffällig. In Katibor treffen achtsame Automobile mit Fernsichtern von der Front ein. Die beiden Katiborer Rettungen bringen täglich seitenslang Todesanzeigen gefälliger Freiwilliger. Die Orgeschoffiziere aber sitzen im Bortelal 1. Klasse, um mit den neu ankommenden Hakenkreuzhelfern „einen Schoppen zu trinken“. Sehr viele der irregulären Ar-

beiter und Arbeitslosen, die sich zur Umwerbung haben verloteten lassen, sehen bereits ihren Fehler ein. Scharenweise verlassen sie mit oder ohne Waffen die Front. Man versucht ihnen von Anfang an den alten Militärdrill aufzuerlegen: Aniebnung und „Aufstehen — Hinlegen, Hinlegen — Aufstehen!“ Bei Kreuzenort wurden Arbeiter, die der Selbstschußformation angehörten, von Studenten verprügelt. Das ist das Orgeschvaterland.

In Oppeln

ist das Hauptquartier der Nordfront. An den Straßenecken kleben chauvinistische Aufrufe des Generals Höfer. Seit den letzten Tagen sind ungeheure Massen von Engländern eingetroffen. Sie führen schwere Tanks und Geschütze mit sich, die am Vormarsch teilnehmen sollen. Trotz der Interalliierten Kommission kommen auch in Oppeln neue Transporte aus Deutschland und Oesterreich an. Unter den Ententesoldaten, namentlich den Franzosen und Italienern herrscht starke Mißstimmung gegen die Offiziere und den militärischen Drill, unter dem sie sehr zu leiden haben. Allgemein geben sie ihren Willen kund, endlich demobilisiert und heimbefördert zu werden, anstatt in Oberschlesien für die Interessen des internationalen Kapitals Soldat zu spielen und vielleicht das Leben zu lassen.

Auch im Norden Oberschlesiens verlassen viele Freiwillige die deutsche Front. Die Orgesch macht unter Ausbietung eines großen Spitzelapparates auf die Deserteure Jagd. Sie tyrannisiert die deutsche arbeitende Bevölkerung ohne Rücksicht darauf, ob sie deutsch oder polnisch spricht. Sie verlangt von den Bauern Quartier und Verpflegung. Sie requiriert Wagen und Pferde. Sie stiehlt und plündert. In allen Schandtatenerzählt sie sich ein, um sie in zehnfach erweiterter Umfang gegen das deutsche Proletariat zu wiederholen. Wird es soweit kommen?

Politische Uebersicht.

Oberschlesische Orgeschpolitik.

Oberschlesien ist das Stichwort der Konterrevolution. Generals Hoefers Hülarenthum, ardebt von der Revolution, gedeckt von dem bezeichnenden Schemen der unabhängigen Presse, wird bei einer von einer organisierten chauvinistischen Hehe. Die Deutschnationalen halten die Zügel. Sie verstehen sich auf das Rezept, wie man die „Folksseele zum Kochen“ bringt. In ganz Deutschland lassen die Deutschnationalen den chauvinistischen Hölz demonstrieren für das „unerbittliche deutsche Oberschlesien“, gegen das „Luzernawende von Deutschlands Kriegsschuld“ und für die Herausgabe der „deutschen Grenzlinie“. Daneben ist vom roten Kreuz, von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier, vom Bund der Deutschen Grenzmarkenschutzbände ein sogenanntes „Oberschlesier-Hilfswerk“ organisiert, dessen Plakate an allen Ecken kleben, und die von der Reichsregierung genehmigt und unterstützt wird. Unter Hinweis auf die Not der oberchlesischen Bevölkerung fordern die Orgeschhelfer nicht nur zu Lebensmittel- und Kleidungsgegenständen sondern vor allem zur Ablieferung von Geldbeträgen auf. Es ist auch zu rufen, daß die gesammelten Gelder und Materialien von den Orgeschvertrauensleuten, die in allen Sammelstellen sitzen, zum geringsten Teil dem versprochenen Zweck und zum größten Teil den militärischen Verbänden zugeführt werden, die in Oberschlesien auf eigene Faust Krieg zu führen beschließen haben. Das oberchlesische Abenteuer birgt nicht nur innerpolitisch schwere Gefahren für die deutsche Arbeiterschaft, es schafft auch eine schwere außenpolitische Krise.

E. E. meldet aus London am 7. Juni:
Der deutsche Botschafter Dr. Schöner gab gestern gegenüber dem englischen Außenminister Erklaerungen ab, die auf die Arbeit der Interalliierten Kommission vom 4. Juni an General Hofer Bezug nehmen. Der Botschafter erklärte, daß die Drohung der Alliierten weder von den Bewohnern Oberschlesiens noch von dem deutschen Volke überhaupt hingenommen werden konnte. Ihre Durchführung ließe die deutsche Bevölkerung ohne Verteidigung und würde sie den polnischen Umständen ausliefern, was eine schwere Verletzung des Friedensvertrages bedeuten würde. Die bisherige Haltung der Polen mochte es klar, daß die Deutschen nicht ohne Verteidigung gegenüber den polnischen Angriffen bleiben können. Die von den Alliierten angedrohten Maßnahmen müßten als ein Verrat an der deutschen Bevölkerung angesehen werden, dessen Folgen sehr ausgedehnter Art wären. Der deutschen Regierung sei es unangenehm, die Verteidigungsstrategien und die deutsche Bevölkerung den Angriffen der polnischen Banden auszuliegen. Schließlich wird erklärt, die Bevölkerung Oberschlesiens erwarte, daß die Ankunft der englischen Truppen sie von dem polnischen Terror befreien werde. Sollte sie sich in dieser Erwartung getäuscht haben, so würde die Bevölkerung ihre der Verantwortung begeben, die von ihr erwarte Folgen begleitet waren.

In gleicher Weise hat auch die deutschen Entretungen in Rom und Paris beantragt werden, unablässig Vorstellungen zu erheben. Es wird darauf hingewiesen, daß eine schriftliche Note nicht überreicht sei.

Die Unabhängigen, die gerade wegen der außenpolitischen Haltung der Reichsregierung, die ebenfalls auch nach dem Herzen der Hülarenthe auslief, sich hinter das Kabinett Wirth gestellt haben, sie wissen jetzt die volle Verantwortung dafür, daß die Regierung Hoefers Orgeschpolitik für die ihre erklärt und weit entfernt von unabhängigen Vorkerkündigungsartikeln, nach der unerschütterlichen Wauer ihre oberchlesische Karte auf die Spannung zwischen den englischen und französischen Imperialisten legt. Die Unabhängigen haben sich von ihrer alten Kriegssargern zu Helfern der unbedingten imperialistischen Abenteurerpolitik durchgemauert.

Rüstungen der Gegerevolution in Westpreußen und Hinterpommern.

In Hammersheim in Westpreußen geht es sehr lustig her. 3000 Reichswehrgardisten haben in dem 20 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt liegenden Städtchen ihren Sitz genommen. Die unpolnische Reichswehr mußte sich natürlich auch in polnische Angelegenheiten einmischen, wobei die Interessen der Bourgeoisie vertreten werden. Ein Herr Koch von hier verfuhr durch sein Verfehlen in einer von „Ehrgang und Tapferkeit“ angetriebenen Verurteilungsgeschichte zu ergeben. Kommunisten, Arbeiter, Arbeiterinnen, Frauen und vor allem die Juden mußten behalten. Herr Koch gebürdete sich wie ein echter Weizengardist, hatte er doch 3000 Rüstungen zur Verfügung. Das mußte bald ein rechtlicher Hülarenthe Sprecher erklären, wenn er seinen „radikalen“ Stand grümelte. Herr Koch gebürdete mit 100 Soldaten „erweitert und befördert den ererbten SPD-Stand aus dem Saal und brachte den Saal zu räumen, was nach einer der SPD-Führer nicht den Eindruck machte. Im anderen Abend beriet man sich über die SPD, eine Freie-Verbindung ein zu der der Herausgeber des Referat hatte und gegen die beiden Schimpftrichter stand, wie in der Überlieferung von Zehn vorher. Hätte er die Frage unterzucht wer denn überhaupt die Reichswehr gebildet hätte, wäre die ganze gemeinverständliche und konterrevolutionäre Politik seiner eigenen Partei zum Vorkommen gekommen. Aber so kam es zu dem oben beschriebenen Zustand an dem Reichs-

wehrgardisten. Ob dies ein Zeichen ist, was fragt wohl ein Gelehrter danach, wenn sich einige SPD-Mitglieder aus Westpreußen über ihr eigenes Kind, die Reichswehr, beschämen.

Unterwegs, die Orgeschhorden, die ganz in der Nähe Hammerheims ihr Lager aufschlugen, haben die SPD-Mitglieder nicht. Zum Beispiel befindet sich in dem benachbarten Sieders eine sehr geheimnisvolle Führungszentrale, zu der 100 Meilen Rand gehören. Zehn Herren und 5 Knechte mit 12 Pferden sind auf diesem Gut beschäftigt. Führer werden so gar nicht ausgewählt. Die Frage, was diese Leute treiben bekommt man beantwortet, wenn man einen Blick in die Scheune unter das Stroh tut. Dort findet man vollständige Kriegsvorräte mit Geschützen und Gewehren und die dazu gehörige Munition. Die Orgeschleute (ehemalige Kossaken) haben nichts weiter zu tun, als diese Waffen in Ordnung zu halten, um sie gegen die pommerischen Landarbeiter verwenden zu können. Das sie hierzu bestimmt sind, ging aus einer Sitzung des Landtages in Krampz (Kreis Pommern) hervor. Dort wurden die Mitglieder mit den vorhandenen Waffenvorräten (nur nicht mit dem Kontrakt) bekannt gemacht. Der ganze Plan wurde dort besprochen, was natürlich mußte von Seiten der Landtage (und hierzu gehört ohne Zweifel der Landtag), wenn die Landarbeiter in einen Streit eintreten würden. Wo man hinschaut in Hinterpommern und angrenzenden Westpreußen überall Rüstungen über Rüstungen der konterrevolutionären Formationen. In jedem Städtchen und sei es noch so klein, wimmelt es von Schupo. In Städtchen von 3-4000 Einwohnern sind 50 Schupo gar keine Seltenheit. Es hat den Anschein, als wenn man glaubt, daß überhäufige Schupomannschaften an beiden Seiten in Hinterpommern vor den Augen der Entente verrotten können. Den Junkern schwillt natürlich auch gehärr die Kehle. Sie verbieten schon Versammlungen der Gewerkschaftskomitee und verhaften den Vorsitzenden wenn die Tagesordnung ihnen nicht in den Kram paßt.

Hungerriemen enger schnallen.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wird gegenwärtig das Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Getreide beraten. Die Regierung will den letzten Rest der zwangswirtschaftlichen Erfassung der wichtigsten Lebensmittel beseitigen und durch ein Schein-Umlageverfahren tatsächlich den Freihandel einführen. Folge wird sein, daß der Brotpreis auf das Doppelte steigen wird.

Der Jahresbedarf an Brotgetreide beträgt bis 5 1/2 Millionen Tonnen. Die Jahresernte in allen Getreidearten beträgt durchschnittlich 15 Millionen Tonnen. Hier von wollte die Reichsgetreidestelle zur Sicherstellung des Brotgetreides 4 1/2 Millionen Tonnen auf dem Wege des Umlageverfahrens erfassen. Im Gesetz verlangt die Regierung statt dessen aber nur 3 Millionen Tonnen. Aber selbst diese verschwindend geringe Menge war den bürgerlichen Parteien noch zu hoch und sie beschloffen in Ausschuss der Zusammenkunft der Regierung, die zu erfassende Menge auf 2 1/2 Millionen Tonnen herabzusetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Menge nicht einmal in Brotgetreide geliefert werden muß. Sie kann auch in anderen Getreidearten und Mengen geliefert werden. Wird die jetzige Vorlage Gesetz so ist ganz klar, daß die Landwirte, soweit sie überhaupt Brotgetreide abliefern, nur die schlechtesten Sorten liefern werden, während sie die besseren Qualitäten in den freien Handel geben. Die Folge wird sein: Das Brot wird nicht nur teurer, sondern auch schlechter werden.

Die fehlende Menge an Brotgetreide will die Regierung im Ausland erwerben, und da sie überzeugt ist, daß ihr zu diesem Zwecke keine Devisen zur Verfügung stehen, verhandelt sie bereits mit maßgebenden Stellen um die Getreidemenge auf Kredit zu beschaffen.

Wie die Verpflichtungen später einzulösen sind, scheint sie wenig zu kümmern.

Raum aber haben die Agrarier Witterung davon bekommen, daß der Freihandel gesichert scheint so schreiben sie auch schon in ihrer Presse nach Schließung der Grenzen für Getreide, damit sie dann ungestört das Volk in der unverschämtesten Weise auswuchern können.

Wie lange wird das Proletariat diesem schamlosen Treiben tatenlos zusehen? Will es die Arbeiterschaft auch diesmal ruhig geschehen lassen, daß weitere Tausende ihrer Klassengenossen in dieser Form zum Hungertode verurteilt werden? Begeistert doch endlich, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien jede neue Plünderung damit begründen, daß doch die Arbeiterschaft trotz aller Erdrübungen bis jetzt alles ruhig ertragen habe, also auch weiter ruhig hinnehmen würde. Wenn ist eure Geduld endlich zu Ende?

Vor neuen Betriebsstilleungen.

(E.U.) Ludwigschafen, 4. Juni. (Frei. Zeitung.) Die wirtschaftliche Depression als Folge der Rheingrenzengrenze macht sich jetzt auch hier in der Großindustrie, ja sogar im Kleingewerbe und Handel recht empfindlich fühlbar. Die Rohprodukte und Halbfabrikate bleiben aus Warenbeständen aus den unbesetzten Gebieten nur noch ein, so daß in der nächsten Zeit mit großen Arbeiterentlassungen zu rechnen ist. In einigen kleineren Industrien sind schon Arbeiter entlassen worden. Werden Massenentlassungen eintreten, so könnten sie für die städtische Finanzverwaltung geradezu katastrophal werden.

Die Kapitalisten schützen sich gegen Verluste durch Arbeiterentlassungen. Nur das Proletariat bekommt die Sanktionswirkungen in der Höhe zu fühlen.

Es darf nicht scheitern, daß die Kommunisten sich einer von den Massen gewollten Aktion entgegenstellen, weil die Ziele dieser Aktion reformistisch oder illusionär erscheinen. Die Kommunisten müssen im Gegenteil bei derartigen Gelegenheiten auf eine Steigerung der Aktion hinarbeiten und während des Kampfes, wie nach seinem Abschluß die Massen davon überzeugen, daß es heute nicht mehr möglich ist, im Rahmen des Kapitalismus Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiter durchzuführen. Aus den Lehren der Teilkämpfe um reformistische Ziele werden die Massen mit Unterstützung unserer Genossen die Einsicht schöpfen, daß es gilt, die Macht des Proletariats gegen den Kapitalismus selbst einzusetzen. Jeder Massenkampf ist heute in diesem Sinne ein revolutionärer Kampf, auch wenn sein unmittelbares Ziel reformistisch ist. Deshalb müssen sich die Kommunisten in den Gewerkschaften zum energischen Führer machen bei Lohnforderungen, Betriebsstreiks, im Kampf um das Mitbestimmungsrecht, um die Kontrolle der Produktion, im Kampf gegen das Arbeitslosenelend, die sich auf dem Gebiete des Arbeiterelendes und des Frauen- und Jugendschutzgebietes abspielen.

Wenn die Kommunisten in den Gewerkschaften diese Taktik anwenden, ist der Erfolg verbürgt. Wir geben uns zwar nicht der Illusion hin, daß es in Deutschland möglich ist, alle maßgebenden Gewerkschaften schon vor der Eroberung der politischen Macht durch das Prole-

Breslauer Nachrichten

Der Herr Polizeipräsident als Gelehrter. Die „Schlesische Zeitung“ bringt eine Festschrift des Herrn Polizeipräsidenten. In dieser Festschrift erhebt sich in bewegten Worten über den wüsten Ton, mit dem sich die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ über die brutalen Unterdrückungsmethoden des Polizeipräsidenten und seines Freundes, des Hilfskommissars Vogt, beschwert.

Der Präsident widerspricht sich zunächst, indem er feststellt, daß die V.K.D. eine „Organisation“ sei, die offen mit illegalen Mitteln illegale Ziele verfolgt. Mit Verlaß — wir kämpfen offen, für keine illegale Ziele und nicht mit illegalen Mitteln, für die Befestigung des kapitalistischen Systems, für die Befestigung eines Polizeilorgans, das seine Aufgabe darin sieht, mit den schärfsten Mitteln eine Geistesrichtung, und zwar die entscheidende und klarste innerhalb der Arbeiterbewegung, zu bekämpfen.

Der Herr Polizeipräsident bedauert, daß er gegen unsere Zeitung nicht „erzieherisch“ einschreiten kann, weil sie von unserem Genossen Scholem gezeichnet wird.

Dies hätten sie verhindern können, Herr Präsident. Sie haben es aber vorgezogen, uns die Druckerel abzutreiben und das technische Personal ungeklärter Weise mit Verhaftung bedroht.

Von der Erziehungsfähigkeit der Polizei und der Staatsanwaltschaft bekommt man einen Begriff, wenn man unsere Zeitung vom 27. Mai liest.

Auf Grund des Artikels „Die ersten Sturmzeichen“, der sich mit den wirtschaftlichen Kämpfen und den Niederknüpfungsbewegungen beschäftigt, hat man Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur gestellt.

Wenn nur das Wort „Kampf“ oder die Aufforderung, die bewaffneten Organe der Polizei zum Weiterfahren zu hindern, in der Zeitung steht, ist dies ein Grund, die Zeitung zu beschlagnahmen und „erzieherisch“ vorzugehen.

Mit diesen Unterdrückungsmethoden, Herr Polizeipräsident, werden Sie nicht zu kommen, daß die Einsicht über die Notwendigkeit, Ihr System zu befestigen, in immer größere Arbeiterkreise dringt.

Aus der Provinz

Oppelner Kommunisten für den Selbstschutz? Durch die bürgerliche und besonders durch die sozialdemokratische Presse geht ein Freudengeheul. Nicht nur bürgerliche, sozialdemokratische Arbeiter billigen und unterstützen den Aufmarsch der Organe. Nein, auch die so verachteten und für den Lächeln der Menschheit gehaltenen Kommunisten haben ihr „traues deutsches Herz“ entdeckt, sind in den Selbstschutz eingetreten und kämpfen Schulter an Schulter mit Orgeln und deutschnationalen Studenten für des deutschen Reiches Herrlichkeit.

In Oppeln habe die Ortsgruppe der V.K.D. eine Erklärung abgegeben, in der sie sich wendet gegen die Behauptung, gemeinsam mit den polnischen Sozialisten zu kämpfen.

Sie hierher glauben wir gern der Erklärung, Kommunisten kämpfen nicht für Deutschland und nicht für Polen. Wenn sie kämpfen, so für die Befreiung Oberschlesiens von jeder Ausbeutung.

Die angebliche Erklärung unserer Oppelner Ortsgruppe spricht aber weiter davon, daß sie aus Gründen der Menschlichkeit in den Selbstschutz eingetreten sei. Sie haben sich dem Vorhaben der anderen bürgerlichen und proletarischen Parteien bei der V.K. angeschlossen.

Zu dieser „Erklärung“ können wir feststellen, daß unsere Ortsgruppe in Oppeln mit dieser Erklärung nichts zu tun hat. Sie ist ein Produkt, das in die alte U.S.P.-Manier juristisch-kallenen Vorlesenden, der in einem Unfall widererwarteten Spiegelebens diese Erklärung, ohne seine Genossen vom Vorstand zu befragen, abgegeben hat.

Andere Oppelner Genossen werden mit Bestimmtheit diesen wunderbaren Nationalsozialisten zum Teufel jagen und unbedarft von dem „Lieseswerben“ der anderen ihren Weg gehen.

Die Angst vor der kommunistischen Agitation. Eine große kommunistische Agitation auf dem Lande in Vorbereitung? Der Land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband für die Provinz Schlesien e. V. in Breslau versendet unter Tgl.-Nr. 1780/21 an die Herren Vorstände der Arbeitgeberverbände folgendes Rundschreiben: „Die kommunistischen Parteien haben beabsichtigt, in der nächsten Zeit große Agitationen auf dem Lande zu treiben. Es ist zu befürchten, daß auch in Schlesien dadurch Unruhe in das Arbeitsverhältnis getragen wird. Wir bitten Sie, unsere Mitglieder in geeigneter Weise — nicht durch die Presse — hierauf aufmerksam zu machen und uns von allen Vorkommnissen unter genauer Angabe der Art der Agitation und der dabei beteiligten Persönlichkeiten fortlaufend und umgehend Mitteilung zu machen. Hochachtungsvoll gez. Graf v. Kregiering.“

Diese Furcht der Krantjanter vor der Arbeit der Kommunisten, auch das Landproletariat über unsere Ziele anspukieren, ist bescheiden.

Wenn die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ daran einräumend sagt, daß bei dieser Agitation nicht viel herauskommt, bedeutet sie sich auf dem Holzwege. Die Landarbeiter, die vor den „Sonnungen der Revolution“ noch nichts verspürt haben, nehmen mit Befriedigung unsere Gedanken auf und lassen sich dabei nicht aufhalten von dem reaktionären Treiben des Landarbeiterverbandes.

Gottesberg. Sonntag den 5. Juni, fand im Hotel Gluckauf eine kommunale Mitgliederversammlung des Bergarbeiter-Verbandes statt, die von 2000 Bergarbeitern besucht war, in der der Komrad Mart Müller vom Hauptverband des V.K.D. den Bericht an der Niederschlesischen Bergarbeiter-Schaft zum Jahresbericht brachte. Nachdem er die Wirkung der Kapitalisten mit Enttäufung der Betriebe vorbrachte, daß aus diesem Grunde die Niederschlesische Bergarbeiter-Forderung nicht durchgefrachtet werden könnte, weil dadurch die Eigenarbeit gefährdet wird. Des weitern berichtete er von dem großen Erfolg, daß die Bergarbeiter pro Stunde 8 Pfg. bei Aufnahme der Arbeit erhalten müßte. In Aussicht hätten sie eine weitere Erhöhung von 1,20 M., vorausgesetzt, daß der Reichstag das Gesetz der Arbeitsbeschäftigung in diesem Sinne beschließen würde. Die Arbeiter werden stolz und wollen nicht bewilligen, wir danken sehr sehr, daß sie die Betriebe nicht schließen. Darum müßten die Bergarbeiter ihre Forderungen zurückstellen, damit die Kapitalisten keine Gewinne machen können, und die Bergarbeiter im Interesse dieser letzten Gewinne sich den Schwächsten unter uns widersetzen. Die Interessen des Kapitals

gingen dem Kameraden Mart Müller über die Interessen der Bergarbeiter. Er glaubte die Niederschlesischen Bergarbeiter so dumm einzuschätzen zu können und so zu behandeln, wie die Kapitalisten es tun.

Während seiner Ausführungen wurde das Wort „Verräter“ von der Menschenmenge ihm entgegengehalten. Den Höhepunkt der Erregung wurde erreicht, als Gen. J. sich zu Wort gemeldet hatte, und dieser dann von der Leitung diktiertlich daran verhindert wurde. Trotz mehrfacher Aufforderung der ganzen Masse im Saale beharrte die Versammlungsleitung auf ihrem Standpunkt; dadurch wurde die Masse so empört, daß sie zum Protest sich aus dem Saale entfernte. Als Mart Müller sah, daß sich der Saal zu leeren anfing, gab er endlich zu, darüber abstimmen zu lassen. Mit 1/2 der Anwesenden wurde beschlossen, den Gen. J. sprechen zu lassen. Gen. J. legte der Masse den offenen und demagogischen Verrat des Mart Müller klar, hielt sich streng an die wirtschaftlichen Forderungen der Niederschlesischen Bergarbeiter und wies nach, wie dieser Kampf zum Siege für die Niederschlesischen Arbeiter geführt werden könnte, wenn nicht an den Verrat der Führer von vornherein gedacht worden wäre. Im Schlußwort war es Mart Müllers einziges Geschwätz von kommunistischen Vorfällen, von ruffischen Zuständen, von dem Renegaten Lewi und dergl., der sich aus der Situation noch zu retten versuchte. Doch die Gottesberger Bergarbeiter hatten durch die Ausführungen des Gen. J. den Verrat dieses Streiks erkannt, und gaben diesem Schurkenstreich der Führer dahin Ausdruck, daß sein Abgang mit einer vernünftigen Niederlage verteilte Rechtmäßigkeit hatte. Es gilt nun für die Gottesberger Bergarbeiter, aus dieser Niederlage die nötigen Schlußfolgerungen zu ziehen, damit bei der nächsten, bald folgenden verschärften Notlage der gesamten Arbeiter-Schaft Niederschlesiens diesen verräterischen Führern das Heft aus der Hand genommen wird, um einem ähnlichen Schurkenstreich vorzubeugen. Bergarbeiter, lernt, ihr seid durch diesen Verrat gewarnt.

Landeshut. Streik der bürgerlichen Stadtverordneten. Aus Anlaß, daß in der letzten Stadtverordneten-Sitzung die beiden linken Parteien geschlossen für Bewilligung von 2000 Mark für die „Gauhütte“ als Anstaltshaus und Errichtung eines kommunalen Friedhofes votierten, verließen schon die bürgerlichen Stadtverordneten vorzeitig die Sitzung. Jetzt lassen sie der Welt fundat, daß sie und ihre nachfolgenden Vertreter sich nicht mehr an der städtischen Mitarbeit beteiligen. So daß also in Zukunft nur die beiden linken Parteien des Stadtverordneten-Kollegiums bilden werden. Das Landeshuter Bürgertum kann stolz auf seine Vertreter sein, wenn es nicht nach ihrem Wunsche geht, machen sie nicht mit, schon einmal haben sie eine derartige Heldentat bewiesen, als es galt, Listen zur Magistratswahl 1919 einzureichen. Damals lehnten sie die Einreichung einer Liste ab. Es wurde dadurch die gemeinsame sozialistische Liste gewählt. Später kam die Neue, zu gern wären sie wieder dabei gewesen, aber es lag kein Grund vor, die Außenleiter aufzunehmen. So wird die Stadt in überwiegender Mehrheit ohne Mitwirkung des Bürgertums verwaltet. Angeblich soll der jährige Streik deshalb sein, weil für Zwecke des kommunalen Friedhofes 30 000 M. erforderlich sind. Um diesen Betrag ist es aber weniger zu tun, sondern der Hauptgrund liegt darin, wie der Stadtverordnete Oberle in der Stadtverordneten-Sitzung sagte, zu verhindern, daß der Friedhof dem Zwecke politischer Hetzreden dient. Damit gibt er wohl also zu, daß auf den kirchlichen Friedhöfen Begräbnisreden diesem Zwecke dienen. Um den Hinterbliebenen die letzten Schwermutigkeiten nicht zu bieten, macht sich die Errichtung eines kommunalen Friedhofes auch hier dringend nötig, damit endlich die Toleranz über die Intoleranz siegt. Es wäre nur zu wünschen, daß wegen vernünftiger Beschlüsse, die der Allgemeinheit dienen, aber dem Bürgertum nicht in den Kram passen, so wie hier den Krampf hinwerfen. Die Welt würde viel schneller sich zum Wohle aller aufbauen lassen. Deshalb empfehlen wir allen bürgerlichen Parteien, dem Landeshuter Bürgertum nachzugehen.

Rückkehr aufs Land! — Kampferlag der Sozialdemokraten! *

Arbeiter, ihr seid selbst Schuld an der großen Arbeitslosigkeit, das ist die Konsequenz der unabhängigen Diktatoren in ihrem Appell an die Metallarbeiter mit dem Ruf zur Rückkehr aufs Land. Unfähig, den Kampf um die volle Aufnahme der Arbeit in den Betrieben zu führen, unzufrieden, die Sohle der Unternehmer zu brechen, unfähig, den Kampf um die Befestigung der kapitalistischen Wirtschaft aufzunehmen, wird nach einem Demütigungslage, um den Druck der Arbeitslosigkeit zu beheben.

Juniereit besteht nun heute eine Möglichkeit zur Abwanderung aufs Land?

Wir haben schon öfters darauf hingewiesen, daß in den landwirtschaftlichen Großbetrieben wohl Mangel an Arbeitskräften herrscht, aber nicht etwa, weil keine Angebote an Arbeitskräften vorliegen, sondern weil Junker und Großgrundbesitzer nicht einziehen.

Nach der Berechnung des Reichs-Arbeitsblatts war der Stand am 19. April d. J. auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt folgender: männliche Arbeitsuchende 14 978, offene Stellen 754. Die Großgrundbesitzer haben die Ausgaben für die feineswegs auskömmlichen Landarbeiterlöhne und zudem deshalb vor allem weibliche Arbeitskräfte. In diesen bezieht sich nämlich ein Mangel nach Angabe des Reichs-Arbeitsblatts waren 12 641 offene Stellen und 2 200 weibliche Arbeitsuchende am 19. April vorhanden.

Die Entlohnung der Landarbeiterinnen steigt deutlich, weshalb die Junker eine Neuliebe für weibliche Arbeitskräfte haben. Die Straßenzüge für die vollarbeitenden Frauen sind dadurch um 40—50 Prozent niedriger als die der Männer. In der Provinz Sachsen erhält eine Arbeiterin über 18 Jahre ohne Kost 1 M. Stundenlohn u. 3 Pfg. Kartoffeln tagl. Der Wert derselben wird mit 75 Pfg. berechnet! Ferner, wenn sie 100 Tage gearbeitet hat, rüchert sie 1 Pfund Roggen auf den Tag, bei längerem Arbeitsverhältnis erhält sie bei Kartoffeln auf 2 Pfund Roggen. In Mecklenburg erhält eine Arbeiterin über 18 Jahre 1500 Mark jährlich, unter 18 Jahre 1000 oder 1400 Mark.

Nach den abendlichen Ausgaben des Reichs-Arbeitsblatts wäre also der Appell der Metallarbeiter-Zeitung nur für weibliche Arbeitskräfte maßgebend. Der Appell müßte aber nach Befestigung der Lohnverhältnisse erfüllt werden durch einen Appell an den Landarbeiter-Verband, daß er sich endlich zum Kampfe um bessere Lebensbedingungen der Landarbeiter-Schaft aufraffe.

Der D.P.K. dagegen hat seine Pflicht, als beim Köpfen der neuen Taxe im April dieses Jahres eine kurze Erklärung unter der Landarbeiter-Schaft einzulegen, damit dem Kampf entgegen, die Landarbeiter von jeder Wille abgehalten. Ferner,

* *) Nach der Nr. 20 der Arbeiterzeitung, die wir allen Genossen einsehend empfehlen.

wenn dieser Appell auch wirklich Hand und Fuß bekommen sollte, müßte er erweitert werden zu einem Aufruf an die Landarbeiter-Schaft, den Kampf zur Befestigung der Anbauabgabe der Großgrundbesitzer aufzunehmen. Doch dann müßten die Diktatoren das selbe in der Industrie ebenfalls tun, ihre Aufgabe besteht aber darin, die kapitalistische Wirtschaft vor Erschütterungen zu bewahren.

Eine weitere Frage ist die Beschaffung von Landarbeiterwohnungen. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt dazu:

„Damit nun auch hier die Möglichkeit geschaffen wird, einen Teil von landwirtschaftlichen Arbeitskräften, der unzufrieden bei der heutigen arbeitslosen Industriearbeiterschaft vorhanden ist, seinem eigentlichen Beruf wieder zuzuführen, ist es notwendig, geeignete und menschliche Wohngelegenheiten zu schaffen. Die in den verschiedensten Gegenden des Reichs vorhandenen Schlitterkafertenn, jene Stellen, in denen das menschliche Arbeitsvieh früher untergebracht war, lassen sich mit Hilfe der Baufonds des Reichs, sowie unter weitgehender Heranziehung der Wucherergewinne der agrarischen Produzenten zu menschlichen Wohnräumen für die Landarbeiter ausbauen.“

Mit dem Rufe nach „weitgehender Heranziehung der Wucherergewinne der agrarischen Produzenten“, mit untertänigen, gottgegebenen Hinweisen auf die Pflicht des bürgerlichen Staates wird das Wohnungswesen auf dem Lande nicht beheren. Damit werden nicht die Herrschaftshäuser, die teilweise leer stehen, zur Verfügung der Landarbeiter gestellt. Werden auch nicht genügend, den menschlichen Bedürfnissen entsprechende Wohnungserrichtet und ausgebaut. Die Junker und Großgrundbesitzer werden nach wie vor in erster Linie für Ausbau ihrer Herrschaftspolitiken, deren Stütze die Orgeln ist, ihre Wuchererprofite benützen, und auf die papierernen Kassschläge der Sozialdemokraten einpfaffen. Auch diese Frage ist nur zu lösen durch die Gesamtarbeiter-Schaft selbst.

Die Lösung der Arbeitslosenfrage kann nicht in der heutigen Wirtschaftsform geschehen, auch nicht durch Verschlehen der Arbeiter von einem Beruf zum andern, weil die Arbeitslosigkeit nicht auf Überfüllung eines Berufes beruht, sondern auf der Stilllegung, der Extensivierung der gesamten Wirtschaft. Die Forderung der Gesamtarbeiter-Schaft für die sie mit ihrer ganzen Kraft kämpfen muß, lautet deshalb:

Intensive Produktion in Industrie und Landwirtschaft.

„Rote Hilfe“

Quittung für die „Rote Hilfe“.

Bisher wurden quittiert	799,50 M.
Liste Nr. 1293	2,— M.
Sinnowski	5,— M.
Liste Nr. 19120	129,— M.
Liste Nr. 19123	76,50 M.
Liste Nr. 19116	50,— M.
Liste Nr. 19118	22,30 M.
Liste Nr. 1 P	40,50 M.
Liste 2 P	23,— M.
Liste 3 P	10,55 M.
Liste Nr. 4 P	38,— M.
Liste Nr. 3	159,50 M.
Liste Nr. 23 60	23,— M.
Liste Nr. 23 61	27,— M.
Liste Nr. 23 62	23,50 M.
Liste Nr. 23 63	15,— M.
Liste Nr. 23 62	40,— M.
Liste Nr. 23 63	41,— M.
Liste Nr. 23 64	19,50 M.
Ortsgruppe Landeshut	666,— M.
Ortsgruppe Gottesberg	969,05 M.
Liste Nr. 2 68	153,— M.
Liste Nr. 2 8	19,50 M.
Liste Nr. 2 13	9,50 M.
Liste Nr. 2 28	36,50 M.
Liste Nr. 2 49	69,— M.
Liste Nr. 2 66	7,— M.
Liste Nr. 2 2	55,— M.
Ortsgruppe Oels	551,— M.
Ortsgruppe Landeshut	140,50 M.
Liste Nr. 2 14	22,50 M.
Liste Nr. 2 57	16,20 M.
Liste Nr. 2 58	24,80 M.
Liste Nr. 2 80	45,— M.
Ortsgruppe Breslau, Telleramalg.	151,05 M.
Ortsgruppe Hennigsdorf	31,— M.

Zusammen: 4511 65 M.

Die Bezirksleitung

Verantw. Redakteur: Rich. Schaible, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, e. G. m. B., Breslau. Druck: Felix Wolf, Gmbh., Berlin S. 14.

Lieblich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Paul Westermeyer
in
„Der Juxbaron“
Operettensposse
von Walter Kollo.
Ab 6 Uhr
steht das Herrschalten
der Naturgarten
zur Verfügung.

Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Mascottchen.
Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr:
Der Graf von Luxemburg

Zeltgarten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Einziges Sommerparterre
in Breslau.

Mit-Metalle
kauft OTTO, Rodenstr. 8.

Luna-Park
täglich geöffnet.

Die besten und billigsten Anzüge
vollständig anfertigen Konkurrenz
Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstherstellung
betont
Sie sind
Mikoleiststraße 48 am Ring-
platz
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen
Inh. Hermann Paretzke